

Fragen

für die Fragestunde der 13. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 12. Februar 2014

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 21
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45	Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 58
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	1, 2	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	34, 35
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	17	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	61, 62
Dr. Brantner, Franziska (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46, 47
Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44	Petzold, Harald (Havelland) (DIE LINKE.)	63
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	27, 28	Pitterle, Richard (DIE LINKE.)	51
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59, 60	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 50
Dr. Gambke, Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48, 49	Tressel, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	52, 53
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	29, 30	Dr. Verlinden, Julia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23
Gohlke, Nicole (DIE LINKE.)	31	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	64, 65
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	24, 25	Wawzyniak, Halina (DIE LINKE.)	38, 39
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	11, 12	Weinberg, Harald (DIE LINKE.)	69, 70
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	26, 54	Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4
Janecek, Dieter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19	Wöllert, Birgit (DIE LINKE.)	56, 68
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	66, 67
		Zimmermann, Pia (DIE LINKE.)	36, 37

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	18

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

1. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
Wann soll der erste Entwurf des laut dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD geplanten Luftverkehrskonzeptes veröffentlicht werden, und für wann strebt die Bundesregierung dessen endgültige Verabschiedung an?

2. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
Wann wird die Bundesregierung in Umsetzung des Koalitionsvertrages die Länder und die interessierte Öffentlichkeit erstmals über das geplante Luftverkehrskonzept informieren, und wie genau soll die Beteiligung der Länder und der Öffentlichkeit „im Dialog“ (Koalitionsvertrag, S. 33) ausgestaltet werden?

3. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Inwiefern fühlt sich die Bundesregierung an den Koalitionsvertrag gebunden, laut dem im Verlauf des Jahres 2014 ein Gesetz verabschiedet werden soll, um Halter von nicht in Deutschland zugelassenen Pkw am Erhalt und Ausbau des Autobahnnetzes zu beteiligen, und welche Konsequenzen werden erwartet, wenn diese Festlegung nicht eingehalten wird?

4. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Inwiefern ist es Absicht der Bundesregierung, zukünftig (nach Einführung einer Maut für Halter von nicht in Deutschland zugelassenen Pkw) Fahrzeuge zwischen 2,8 und 12 Tonnen weiterhin von einer Maut auszunehmen, da die Lkw-Maut erst ab 12 Tonnen erhoben wird, und welche Effekte erwartet die Bundesregierung von einer solchen generellen Mautbefreiung?

5. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Auf welche sieben Gutachten bezog sich der Staatssekretär Rainer Bomba, zu denen er in „DER TAGESSPIEGEL“ vom 3. Dezember 2013 zitiert wird, obwohl in der Antwort der Bundesregierung zu Frage 38 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/118 vom 2. Dezember 2013 nur eine Studie des Umweltbundesamtes vom April 2010 genannt wird, und welchen Inhalt haben diese sieben Gutachten?

6. Abgeordneter
**Matthias
Gastel**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass für jeden der bestehenden 17 Steuersätze eine gesonderte Pkw-Maut-Vignette eingeführt werden muss, um keinen Fahrzeughalter in Deutschland stärker zu belasten?
7. Abgeordneter
**Matthias
Gastel**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern sind die Meldungen aus dem Magazin „DER SPIEGEL“, Nr. 2/2014 („Maut-Bonus für Kleinwagen“) zutreffend, dass es einen Ökobonus innerhalb der Pkw-Maut für schadstoffarme Fahrzeuge geben soll, und dass es neben diesem Mautrabatt eine Senkung der Kfz-Steuer für Fahrzeuge geben soll, deren Halter heute weniger Kfz-Steuer zahlen als eine Vignette kosten soll?
8. Abgeordneter
**Stephan
Kühn**
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie soll gewährleistet werden, dass jedem Halter von nicht in Deutschland zugelassenen Pkw der Erwerb einer seinem Fahrzeugtyp entsprechenden Vignette ermöglicht wird, und inwiefern ist vorgesehen, ein neues Vertriebssystem hierfür aufzubauen?
9. Abgeordneter
**Stephan
Kühn**
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, damit bei Einführung der Pkw-Maut kein Fahrzeughalter in Deutschland stärker belastet wird als heute, und wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass ein Fahrzeughalter in Deutschland nicht selbst aktiv werden muss, um die gezahlte Pkw-Maut erstattet zu bekommen?
10. Abgeordneter
**Markus
Tressel**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie versteht die Bundesregierung das im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD auf Seite 8 zu findende Versprechen „ohne im Inland zugelassene Fahrzeuge höher als heute zu belasten“ unter dem möglichen Effekt der Einführung einer Vignette in unseren Nachbarstaaten, und inwiefern gibt es Abschätzungen, welche Kosten auf Fahrzeughalter von in Deutschland zugelassenen Pkw zukommen, wenn die Nachbarstaaten eine vergleichbare Maut einführen?
11. Abgeordneter
**Dr. André
Hahn**
(DIE LINKE.)
- Wie viele Stellen bzw. Kilometer des Schienennetzes in Deutschland sind nach Kenntnis der Bundesregierung in einem dringend renovierungsbedürftigen Zustand, und was tut die Bundesregierung in der 18. Wahlperiode, um das Bahnnetz instandzuhalten?

12. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Wie viele Städte in Deutschland sind nach Kenntnis der Bundesregierung vom Schienenverkehr abgekoppelt, und welche Auswirkungen hat dies für die Mobilität der Bevölkerung sowie die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

13. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was ist vonseiten der Bundesregierung derzeit konkret in Planung, um das von der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dr. Barbara Hendricks, in ihrer Rede vor dem Deutschen Bundestag am 31. Januar 2014 angekündigte ressortübergreifende Sofortprogramm für Klimaschutz umzusetzen, und wann ist damit spätestens zu rechnen, nachdem die Bundesministerin in der genannten Rede angekündigt hat, sich umgehend darum kümmern zu wollen?
14. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was wird die Bundesregierung konkret unternehmen, um die von der Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks gegenüber der „STUTTGARTER ZEITUNG“ vom 4. Februar 2014 geäußerte Forderung, wonach „insgesamt zwei Milliarden Emissionszertifikate dauerhaft aus dem Markt verschwinden müssen“ (www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.interview-mit-umweltministerin-hendricks-in-dieser-koalition-drueckt-keiner-den-anderen-an-die-wand-page1.770a2cd3-3ef3-4368-bf65-5724748119b4.html) umzusetzen, und bis wann sollen nach Vorstellung der Bundesregierung diese überschüssigen Zertifikate aus dem Markt genommen werden?
15. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche standortunabhängigen Prüfungen werden konkret und im Detail bei dem dem Bundesamt für Strahlenschutz vorliegenden, auf das Zwischenlager Gorleben bezogenen Antrag für die fünf Behälter mit verglasten radioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague fortgesetzt (bitte zu allen Prüfungen eine ausführlichere Erläuterung als in der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 108 auf Bundestagsdrucksache 18/459 angeben), und mit schätzungsweise welchem Aufwand und Zeitbedarf ist für die in der genannten Antwort angeführte Fertigungsbegleitung bei der

Behälterherstellung zu rechnen (bitte zur besseren Nachvollziehbarkeit möglichst auch mit vergleichbaren früheren Erfahrungswerten erläutern)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

16. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche neuen Entwicklungen haben sich bezüglich den Verkaufsabsichten der Urenco-Gruppe ergeben, und wann genau gab bzw. gibt es Treffen des Gemeinsamen Ausschusses der so genannten Trilogstaaten des Vertrags von Almelo – Deutschland, Großbritannien und die Niederlande – zwischen dem dritten Quartal 2013 und dem zweiten Quartal 2014 (bitte mit genauer Angabe des aktuellen Sachstands sowie der Tagesordnungspunkte und Protokolle der gemeinsamen Sitzungen)?
17. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen für die Vergabe von Rettungsdienstleistungen hat nach Auffassung der Bundesregierung das vom Europäischen Parlament am 15. Januar 2014 beschlossene Richtlinienpaket zur Modernisierung des EU-Vergaberechts für die Bundesländer, die die Vergütung der Dienstleistungserbringer und die entsprechende Vergabe nicht durch das „Konzessionsmodell“, sondern durch das „Submissionsmodell“ durchführen?
18. Abgeordneter
Dieter Janecek
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie gewährleistet die Bundesregierung in Persona des Bundesministers Sigmar Gabriel bei der neu zu besetzenden Stelle des Abteilungsleiters der Industriepolitikabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums (Abteilung IV), dass die ökologische Ausrichtung der Industriepolitik im Sinne eines Wandels hin zu konsequenter Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit Vorrang erhält, und welche konkreten Maßnahmen sollen von der Abteilung in diesem Sinne im ersten Halbjahr 2014 ergriffen werden?
19. Abgeordneter
Dieter Janecek
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Inhalt hatten die entsprechenden Maßnahmen, die die Bundesregierung in Persona des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, in Brüssel ergriffen hat, damit die Verhandlungen des Freihandelsabkommens zwischen den USA und der Europäischen Union so schnell wie

möglich vorankommen, für die sich der Abgeordnete Dr. Michael Fuchs in seiner Plenarrede (Plenarprotokoll 18/11 zur Sitzung des Deutschen Bundestages am 30. Januar 2014, S. 674) beim Bundesminister bedankt, und wie sind diese Maßnahmen ausgestaltet, sodass ein schneller Abschluss des Abkommens unter Beibehaltung der europäischen Ökologie-, Verbraucher- und Sozialstandards forciert wird?

20. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wenn der Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel der Meinung ist, dass es im Rahmen der geplanten Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP „keinerlei Standardabsenkungen bei Löhnen, Kultur und sozialen Sicherungssystemen geben [darf]“ (www.deutschlandfunk.de vom 3. Februar 2014, „SPD vertagt die Vorbereitung von Rot-Rot-Grün“), teilt die Bundesregierung dann dennoch die Einschätzung der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dr. Barbara Hendricks, wonach eine Investitionsschutzklausel als Teil des TTIP „die Errungenschaften von 150 Jahren Arbeiterbewegung, hundert Jahren Frauenbewegung und 50 Jahren Umweltbewegung mit einem Federstrich zerstören [würde]“, und falls ja, was plant die Bundesregierung zu unternehmen, um dies zu verhindern (Quelle: www.spiegel.de/politik/deutschland/grossekoalition-minister-warnen-vor-freihandelsabkommen-a-950444.html)?
21. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Forderung des Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer nach einem Moratorium für den Ausbau der Höchstspannungsleitungen (siehe Meldung der Süddeutsche Zeitung „Energiewende in Bayern – Kabinett zieht den Stecker“ vom 4. Februar 2014), und auf welcher rechtlichen Grundlage können Landesregierungen nach Auffassung der Bundesregierung ein Moratorium für den Ausbau der Höchstspannungsleistungen aussprechen?
22. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung an den Zielen des Energiekonzeptes aus dem Jahr 2010, also den Zielen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen, zur Energieeffizienz und Energieeinsparung, bei der Reduktion des Wärmebedarfs und der Sanierungsrate im Gebäudebestand, bei der Reduktion des Energiebedarfs im Verkehrsbereich und der Umstellung auf

Elektrofahrzeuge sowie beim Ausbau der erneuerbaren Energien, fest, und wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen sollen diese Ziele erreicht werden?

23. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Liegen der Bundesregierung Berechnungen darüber vor, ob das verpflichtende EU-Ausbauziel Deutschlands für erneuerbare Energien bis zum Jahr 2020 noch erreicht werden kann, wenn die Eckdaten des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und SPD zugrunde gelegt werden, und falls ja, ist die Bundesregierung dazu bereit, diese Berechnungen den Abgeordneten des Deutschen Bundestages zur Verfügung zu stellen?
24. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung Hermes-Bürgschaften für Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien (SPIEGEL ONLINE vom 2. Februar 2014), obwohl im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD eine „zurückhaltende Rüstungsexportpolitik“ genannt ist?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

25. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Weshalb fordert der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, Sanktionen für Regierungsmitglieder in der Ukraine, während gegenüber der türkischen Regierung trotz massiver Gewalt gegen friedliche Demonstranten der Taksim-Bewegung mit mindestens fünf Toten im letzten Jahr (n24 vom 13. Juni 2013) und zahlreicher Korruptionsvorwürfe gegen Regierungsmitglieder Sanktionen kein Thema sind?
26. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Warum unterstützt die Bundesregierung die geplanten Hilfszahlungen der Europäischen Union an die Ukraine unabhängig von einer Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) im Falle einer Beteiligung der Opposition an einer neuen Regierung mit der Begründung, man müsse dafür sorgen, „dass der schwierige Weg am Ende nicht in einem wirtschaftlichen Desaster endet“ (www.zeit.de/news/2014-02/03/deutschland-europaeische-union-und-usa-arbeiten-an-hilfspaket-fuer-ukraine-03095008; www.handelsblatt.com/politik/international/marshall-plan-eu-und-usa-

bereiten-finanzspritze-fuer-ukraine-vor/9427138.html), während sie vor dem geplanten Assoziierungsabkommen mit der Ukraine zu keiner EU-Unterstützung bereit war, obwohl die Regierung von Mykola Azarov zuvor deutlich gemacht hatte, dass sie einen ökonomischen und sozialen Kollaps befürchtet, der „den Kurs der europäischen Integration diskreditiert hätte“, wenn sie die IWF-Kreditbedingungen erfüllt und das Assoziierungsabkommen unterzeichnet hätte (www.kmu.gov.ua/control/en/publish/article?art_id=246879282), und inwiefern kann die Bundesregierung die Behauptung von Mykola Azarov bestätigen, dass die EU-Partner keinen Versuch unternommen haben, Einfluss auf die Position des IWF zu nehmen, um akzeptablere Kreditkonditionen für die Ukraine zu erreichen?

27. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)

Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass der Aufruf des ukrainischen Oppositionspolitikers Vitali Klitschko „Bildet Bürgerwehren in jedem Hof, in jedem Bezirk, in jedem Haus [...] Alle demokratischen Kräfte müssen den Protest vor die Gebietsverwaltungen tragen“, den dieser einen Tag nach seiner Rückkehr von der 50. Münchner Sicherheitskonferenz in Kiew am 2. Februar 2014 gegenüber den Demonstranten getätigt hat (www.fr-online.de/politik/vitali-klitschko--klitschko-fordert-buergerwehr,1472596,26066596.html), und inwieweit widerspricht dieser Aufruf dem Anliegen, es dürfe keine gewaltsame Lösung geben, wie sie der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, auf der 50. Münchner Sicherheitskonferenz formuliert hat (www.tagesspiegel.de/politik/muenchner-sicherheitskonferenz-roettgen-fordert-neuwahlen-in-der-ukraine/9418034.html)?

28. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)

Inwieweit sieht sich die Bundesregierung durch den Bundespräsidenten Joachim Gauck in ihrer Richtlinienkompetenz in Sachen Außenpolitik eingeschränkt angesichts der Eröffnungsrede des Bundespräsidenten auf der 50. Münchner Sicherheitskonferenz, in der er eine stärkere Rolle Deutschlands in der Europäischen Union und Nato gefordert hatte, sowie dass man bei Militäreinsätzen nicht nur „Nein“ sagen dürfe (www.zeit.de/politik/ausland/2014-01/muenchner-sicherheitskonferenz-gauck-rede-deutsche-aussenpolitik), und inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundespräsidenten, das sei die Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg „zu einer Form der Verantwortung, die wir noch zu wenig eingeübt haben“?

29. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.) Welche konkreten Schlussfolgerungen zieht Bundesregierung aus der außenpolitischen Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck auf der 50. Münchner Sicherheitskonferenz 2014?
30. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.) Versteht die Bundesregierung unter einer grundsätzlich neuen Ausrichtung der deutschen Außenpolitik ebenfalls die Bereitschaft zu vermehrten Militäreinsätzen auch im europäischen Rahmen?
31. Abgeordnete
Nicole Gohlke
(DIE LINKE.) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Protesten gegen die Einrichtung der Henry-Kissinger-Stiftungsprofessur für Internationale Beziehungen und Völkerrechtsordnung unter besonderer Berücksichtigung sicherheitspolitischer Aspekte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn?
32. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Was genau versteht die Bundesregierung darunter, wenn sie im Zusammenhang mit der Syrien-Krise humanitäre Korridore einfordert, wie jüngst die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel beim Besuch des UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon am 30. Januar 2014 in Berlin, und mit welchen Mitteln will sie sich zu deren Einrichtung einsetzen?
33. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche konkreten Maßnahmen (bitte aufschlüsseln) hat die Bundesregierung ergriffen, um den Beschluss der EU-Außenminister zum Stopp von Waffenexporten nach Ägypten, den sie am 21. August 2013 auf einem Sondertreffen verabschiedet hatten, umzusetzen?
34. Abgeordnete
Niema Movassat
(DIE LINKE.) Welche Hilfsmittel stellt die Bundesregierung derzeit bereit, um der sich in Mali ausweitenden Hungersnot zu begegnen, und inwiefern hat sich die Bundesregierung seit dem ersten Alarm seitens des Welternährungsprogramms im Juli 2013 mit Hilfsmitteln daran beteiligt, um die aktuelle Hungersnot im Vorfeld präventiv zu verhindern (bitte die Hilfsmittel aufschlüsseln in Geld- und Sachmittel sowie Maßnahmen)?

35. Abgeordnete
Niema
Movassat
(DIE LINKE.)
- Welche Hilfsmittel stellt die Bundesregierung derzeit bereit, um spezifisch der sich in Südsudan ausweitenden Hungersnot zu begegnen, und welche weiteren krisenbedingten humanitären Hilfsmaßnahmen, beispielsweise, um die Flüchtlinge und Binnenvertriebenen zu versorgen, hat die Bundesregierung beschlossen (bitte die Hilfsmittel aufschlüsseln in Geld- und Sachmittel sowie Maßnahmen)?
36. Abgeordnete
Pia
Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung die Zahlen der Sendung „auslandsjournal“, die am 15. Januar 2014 vom ZDF ausgestrahlt wurde, wonach fast ein Drittel (mehr als 3 Millionen) der Griechinnen und Griechen keine Krankenversicherung mehr haben, bestätigen oder korrigieren, und welche Einschätzung hat die Bundesregierung über die genauen Ursachen, dass so viele Menschen nicht krankenversichert sind, vor dem Hintergrund der durch die Bundesregierung unterstützten Austeritätspolitik in Griechenland?*)
37. Abgeordnete
Pia
Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, welche Veranstaltungen sie in Griechenland ausrichtet oder mit unterstützt, um Fachkräfte aus dem dortigen Gesundheits- und Pflegebereich für das deutsche Gesundheitssystem abzuwerben?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

38. Abgeordnete
Halina
Wawzyniak
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung in Konsequenz aus der Abmahnung der Website www.fragdenstaat.de durch das Bundesministerium des Innern, mit der Begründung, dass die Veröffentlichung einer internen Stellungnahme eine Urheberrechtsverletzung darstelle, künftig Dokumente der Bundesregierung unter Creative-Commons-Lizenz stellen, um deren Veröffentlichung zu ermöglichen (bitte begründen)?
39. Abgeordnete
Halina
Wawzyniak
(DIE LINKE.)
- Wie will die Bundesregierung die bundeseinheitliche Durchführung von Bundestagswahlen sichern, soweit sie der Ansicht ist, dass die Auslegung und Anwendung der Normen der §§ 8 und 13 der Bundeswahlordnung den Gemeindebehörden obliegt?

*) Siehe auch Fragen 69, 70.

40. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Verschärfungen des deutschen Waffenrechts hält die Bundesregierung nach den wissenschaftlichen Forschungserkenntnissen (zuletzt der University of California aufgrund von 15 Einzelstudien; vgl. SZ-online.de vom 21. Januar 2014) für notwendig, wonach allein die reine Verfügbarkeit von Schusswaffen in Haushalten die Gefahr eines gewaltsamen Todes des jeweiligen Besitzers verdoppelt, dessen weiblichen Umfelds verdreifacht sowie die Suizidrate verdrei- bis vervierfacht, und wird die Bundesregierung als Konsequenz daraus einen Gesetzentwurf vorlegen, um die bisherige Möglichkeit zur Aufbewahrung von Schusswaffen sowie von Munition in Privathaushalten durch die Pflicht zu gesicherter externer Aufbewahrung zu ersetzen?
41. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In wie vielen Fällen mussten gefährdete afghanische Ortskräfte der Bundeswehr, des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums des Innern, die eine Aufnahmezusage erhalten haben, länger als zwei Wochen auf eine Visumerteilung warten (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 21 auf Bundestagsdrucksache 18/459), und in wie vielen Fällen warten gefährdete afghanische Ortskräfte derzeit noch auf eine Visumerteilung (bitte jeweils einzeln mit Wartezeit aufschlüsseln)?
42. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchen Bundesländern wurden afghanische Ortskräfte der Bundeswehr, des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums des Innern bisher aufgenommen, und in Absprache mit welchen Bundesländern werden derzeit noch Aufnahmeverfahren vorbereitet (bitte jeweils einzeln aufschlüsseln)?
43. Abgeordnete
Agnieszka Brugger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was machen die Bundeswehr, das Auswärtige Amt und das Bundesministerium des Innern proaktiv, um afghanischen Ortskräften die Möglichkeit des Aufnahmeverfahrens bei Gefährdung zu vermitteln, und wie wird die Fürsorgepflicht Deutschlands nach Abzug der ISAF-Truppen weiter gewährleistet werden?
44. Abgeordnete
Agnieszka Brugger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie werden nach Kenntnis der Bundesregierung gefährdete afghanische Ortskräfte der Bundeswehr, des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums des Innern unterstützt, deren Ausreise sich aufgrund finanzieller Engpässe bei der Finanzierung der Flugkosten verzögert?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz**

45. Abgeordneter
**Volker
Beck
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen wurde im Vergleich zum ersten Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz für ein Gesetz zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessivadoption durch Lebenspartner (Bearbeitungsstand: 18. Dezember 2013, 8:19 Uhr) in der dem Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages zugeleiteten Fassung (Bearbeitungsstand: 30. Januar 2014, 8:32 Uhr) auf Seite 6 in Abschnitt „IV Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen“ der auf die revidierte Fassung des Europäischen Adoptionsabkommens bezogene Halbsatz „dessen Ratifikation durch Deutschland beabsichtigt ist“ ersatzlos gestrichen, und was bedeutet dies für die Haltung der Bundesregierung zur Ratifikation des revidierten europäischen Adoptionsabkommens durch die Bundesrepublik Deutschland?
46. Abgeordnete
**Lisa
Paus**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Nach welchen Leitsätzen verfährt die Bundesregierung, wenn ihr strafrechtliche Ermittlungen gegen einzelne Mitglieder der Bundesregierung – vergleichbar zum Fall des ehemaligen Bundeswirtschaftsministers Otto Friedrich Wilhelm Freiherr von der Wenge Graf von Lambsdorff – zur Kenntnis gelangen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

47. Abgeordnete
**Lisa
Paus**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern teilt die Bundesregierung meine Annahme, dass die strafbefreiende Selbstanzeige gemäß § 371 der Abgabenordnung aufgrund der ihr innewohnenden Minimierung des Risikos einer Bestrafung für begangene Steuerstraftaten – bei Vorliegen der Voraussetzungen – dazu beitrage, das Risiko einer Steuerstraftat überhaupt erst einzugehen (bitte begründen)?
48. Abgeordneter
**Dr. Thomas
Gambke**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass die Nutzung der strafbefreienden Selbstanzeige für Steuerhinterzieher nicht dazu führen kann, dass Hinterzieher bessergestellt werden als steuererhörliche Bürgerinnen und Bürger?

49. Abgeordneter
Dr. Thomas Gambke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern zieht die Bundesregierung die Abschaffung des steuerlichen Bankgeheimnisses in Deutschland zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung in Betracht, und inwiefern verfolgt die Bundesregierung bei Verhandlungen über ein neues Steuerabkommen mit der Schweiz diesmal die Strategie, das System des automatischen Informationsaustausches hier umzusetzen?
50. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Will die Bundesregierung – den früheren Gesetzentwurf der SPD-Fraktion (Bundestagsdrucksache 17/1411) aufgreifend – die Möglichkeit strafbefreiender Selbstanzeige nach Steuerhinterziehung (§ 371 der Abgabenordnung) nun komplett abschaffen oder nur sofern die Finanzministerkonferenz – anders als binnen bisher achtmonatiger Prüfung – „hierfür Handlungsbedarf aufzeigt“ (so der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 92), und gegen wie viele Leitungspersonen von Bundesministerien und nachgeordneten Dienststellen, die während der letzten fünf Jahre möglicherweise wegen Steuerhinterziehung bzw. -verkürzung strafverfolgt wurden oder nur wegen einer Selbstanzeige nicht, hat die Bundesregierung daraufhin kein Disziplinarverfahren (etwa wegen Verstoßes gegen die außerdienstliche Wohlverhaltenspflicht, § 61 Absatz 1 Satz 2 des Bundesbeamtengesetzes) eingeleitet bzw. einleiten lassen, so wie solches Unterlassen am Beispielsfall gegenüber dem Berliner Kulturstaatssekretär André Schmitz gerade der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, guthieß (SPIEGEL ONLINE vom 6. Februar 2014: „Kein Fall Wowereit“)?
51. Abgeordneter
Richard Pitterle
(DIE LINKE.)
- Warum ist es laut der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 55 auf Bundestagsdrucksache 18/458 nicht möglich, das steuerliche Mehraufkommen, welches durch die erweiterte beschränkte Steuerpflicht gemäß § 2 des Gesetzes über die Besteuerung bei Auslandsbeziehungen erzielt wurde, jeweils für die Jahre 2008 bis 2010 zu beziffern, und warum war im Gegensatz dazu die Bezifferung dieses Mehraufkommens für die Jahre 2003 bis 2007 noch möglich, wie es in der Antwort der Bundesregierung zu Frage 54 auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 17/4653 vom 3. Februar 2011 erfolgt ist?

52. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.) Inwieweit sind Aufwendungen für Hoteleinkäufe durch Reiseveranstalter bei den gewerblichen Hinzurechnungen zu berücksichtigen, und inwieweit sieht die Bundesregierung eine gewerbsteuerliche Hinzurechnung in diesen Fällen als sachgemäß an?
53. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.) Hält die Bundesregierung angesichts der neuen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (vgl. Urteil vom 16. Oktober 2013, VI R 52/11) zur Pauschalierung von Sachzuwendungen nach § 37b des Einkommensteuergesetzes (EStG) weiterhin an der Verwaltungsauffassung der Steuerfreiheit von Vorteilen aus einer Bewirtung i. S. d. § 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 2 EStG gemäß R 4.7 Absatz 3 der Einkommensteuer-Richtlinien fest, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Fallzahlen von Steuerpflichtigen, die die Regelung des § 37b EStG in Anspruch nehmen?
54. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.) Haben Stellen oder Behörden des Bundes gefragt oder ungefragt Erkenntnisse an die Commerzbank AG übermittelt, die zur Kündigung des Kontos einer Kundin in München führten (www.stern.de/wirtschaft/geld/sohn-ist-kommunist-commerzbank-kuendigt-rentnerin-das-konto-2086766.html), und sind der Bundesregierung – auch angesichts der Tatsache, dass der Bund größter Anteilseigner der Commerzbank AG ist – die Gründe für die Kündigung bekannt, die nach Angaben der betroffenen Kundin mit „Erkenntnisse[n] über Ihren Sohn“ begründet wurde, die der Bank übermittelt worden seien?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

55. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie viele weitere Fälle misslungener Vermittlung in ein Praktikum oder ein Ausbildungsverhältnis von EU-Bürgern wie der von jungen Spanierinnen und Spaniern nach Thüringen (vgl. z. B. www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/63-junge-Spanier-sind-noch-ohne-Praktikum-oder-Lehrvertrag-802832783) sind der Bundesregierung aus dem gesamten Bundesgebiet bekannt (auch im Rahmen des Programms MobiPro-EU), und welche

Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus diesen Erfahrungen, beispielsweise hinsichtlich der Standards für die europäische Arbeitsvermittlung?

56. Abgeordnete
Birgit Wöllert
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung, angesichts der Zunahme der Fehltag aufgrund psychischer Erkrankungen, ergreifen, um dem von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin ermittelten Sachverhalt entgegenzuwirken, dass ein Viertel aller Beschäftigten sowie in den Gesundheitsberufen sogar 44 Prozent der Beschäftigten ihre Pausen häufiger ausfallen lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

57. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen übergeordneten Gründen erklärt die Bundesregierung ihre laut den Regierungssprecher Steffen Seibert (ZEIT ONLINE, 5. Februar 2014) – trotz der klaren Ablehnung des federführenden Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (SPIEGEL ONLINE, 31. Januar 2014) – angekündigte Enthaltung bei der Abstimmung über die Zulassung der gentechnisch veränderten Maislinie 1507 am 11. Februar 2014 im Rat der Europäischen Union, und wie rechtfertigt sie ihre Position vor dem Hintergrund einer Ablehnung von über 80 Prozent in der Bevölkerung (Umfragen im Auftrag des BMEL und von Greenpeace, Dezember 2013), der Aussage im Koalitionsvertrag (Anerkennung der „Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung“) und des Einflusses, den die deutsche Positionierung auf das Abstimmungsverhalten der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat (siehe Reuters UK, 5. Februar 2013)?
58. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung heute im Ausschuss der Ständigen Vertreter in Brüssel bezüglich des Trilogs zur von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Änderung der EU-Honigrichtlinie, die klarstellen soll, dass Honig, der Pollen gentechnisch veränderter Pflanzen enthält, nicht gekennzeichnet werden muss, und wie verhält sich die Bundesregierung bei der Erteilung des Verhand-

lungsmandats an die Ratspräsidentschaft insbesondere bezüglich der vom Europäischen Parlament vorgeschlagenen Erwägungsgründe 1a (Verbraucherinformation) und 1c (Koexistenz), welche die Ratspräsidentschaft als „nicht akzeptabel“ bewertet?

59. Abgeordneter
**Harald
Ebner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Befürwortet die Bundesregierung nach wie vor den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Änderung der Honigrichtlinie mit der Konsequenz, dass Verbraucher aufgrund fehlender Kennzeichnung nicht erkennen können, ob Honig ganz oder teilweise auf Grundlage gentechnisch veränderter Pflanzen erzeugt wurde, was selbst für den Fall gelten würde, dass es sich um sortenreinen Rapshonig aus Nordamerika handelt, wo dieser standardmäßig auf Grundlage von gentechnisch verändertem Raps erzeugt wird, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung vor diesem Hintergrund aus der Aussage der EU-Kommissare Tonio Borg und Dacian Cioloş in einem Antwortbrief an foodwatch (lt. dpa-Meldung vom 4. Februar 2014), die EU-Kommission betrachte „es als notwendig, die Verbraucher exakt über das Vorhandensein zugelassener genveränderter Organismen in Lebensmittel und Tierfutter zu informieren, um ihnen sachkundige Kaufentscheidungen zu ermöglichen“?
60. Abgeordneter
**Harald
Ebner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie gedenkt die Bundesregierung, das Ziel im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, in Brüssel „für eine EU-Kennzeichnungspflicht für Produkte von Tieren, die mit genveränderten Pflanzen gefüttert wurden“ einzutreten, konkret umzusetzen, und wie begründet die Bundesregierung vor dem Hintergrund dieser Vereinbarung und der Tatsache, dass in o. g. Produkten allenfalls gentechnisch veränderte Genfragmente, in Pollen dagegen das gesamte Genom einschließlich sämtlicher gentechnischer Veränderungen enthalten ist, ihre Positionierung bezüglich der Änderung der Honigrichtlinie?
61. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung ihre u. a. in der Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz am 17. April 2013 anlässlich der Diskussion des Antrags auf Bundestagsdrucksache 17/12839 vorgetragene Auffassung, der Eintrag von Pollen gentechnisch veränderter Pflanzen in Honig sei „technisch nicht zu vermeiden“ im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 (Kennzeichnungsverordnung), und warum sieht sie eine

technische Vermeidbarkeit nicht dadurch gegeben, dass ausreichende Mindestabstände zwischen Bienenstöcken und Feldern mit gentechnisch veränderten Pflanzen definiert werden?

62. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus Bedenken des Rechtsdienstes des Rates (13957/12 – COM(2012) 530 final) im Hinblick auf die Vereinbarkeit der vorgesehenen Änderung der EU-Honigrichtlinie mit dem „Honigurteil“ des Europäischen Gerichtshofs (C-442/09), und in welcher Weise sieht die Bundesregierung diese Bedenken durch die im Rahmen des EU-Trilogs diskutierten Änderungen berücksichtigt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

63. Abgeordneter
**Harald
Petzold**
(Havelland)
(DIE LINKE.)
- In welchen Schritten und zu welchen Zeitpunkten plant die Bundesregierung die Umsetzung des Vorhabens aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, „dass bestehende Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und von Menschen auf Grund ihrer sexuellen Identität in allen gesellschaftlichen Bereichen beendet werden“?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

64. Abgeordnete
**Kathrin
Vogler**
(DIE LINKE.)
- Dürfen Krankenhäuser im Rahmen der Begutachtung von Krankenhausabrechnungen nach § 275 Absatz 1 Nummer 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch in der Regel von einer Übermittlung der Daten an den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) in speicher- oder vielfältiger Form absehen, wenn ihnen stattdessen Verfahren zur Verfügung stehen, dem MDK die Daten in einem verschlüsselten Format zu übersenden, das zwar das Lesen für einen eingeschränkten Zeitraum erlaubt, jedoch Speichern, Drucken oder Vielfältigen ausschließt (vor dem Hintergrund, dass keine gesetzliche Vorgabe für die Form der Übermittlung oder für eine Mindestdauer besteht und der MDK

Sozialdaten, die ihm in diesem Zusammenhang bekannt wurden, im Sinne des Sparsamkeitsprinzips zum Schutz von Sozialdaten ausschließlich für diesen Zweck verarbeiten oder nutzen darf – vgl. die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 90 auf Bundestagsdrucksache 18/459)?

65. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung inzwischen die Bewertung des zuständigen Sachverständigenausschusses für Verschreibungspflicht beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte geprüft, der zufolge es keine medizinischen Argumente gibt, die zwingend gegen eine Entlassung der Pille danach aus der Rezeptpflicht sprechen, und beabsichtigt die Bundesregierung, dieser Empfehlung folgend, zeitnah eine entsprechende Verordnung zu erlassen, die den betroffenen Frauen im Notfall einen schnellen Zugang zu diesem Medikament bietet?
66. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Welche Daten liegen der Bundesregierung zur Anzahl der jährlich an Dekubitus-Druckgeschwüren leidenden Menschen und den damit verbundenen Kosten der nachträglichen Versorgung vor, und kann sie die in der ARD-Sendung „plusminus“ vom 5. Februar 2014 genannten Fallzahlen von jährlich mehr als 400 000 und Behandlungskosten in Höhe von 2,5 Mrd. Euro bestätigen?
67. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Worin sieht die Bundesregierung die Ursachen, zum Beispiel eine zu geringe Personalausstattung im Pflegebereich, für diese nachträgliche Versorgung von Dekubitus-Fällen, und plant sie Initiativen, diesem Missstand Abhilfe zu verschaffen?
68. Abgeordnete
Birgit Wöllert
(DIE LINKE.)
- Welche Rückschlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis der von Lina Jansen vom Deutschen Krebsforschungszentrum und anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern veröffentlichten Studie, der zufolge Krebspatientinnen und Krebspatienten in den ärmsten Regionen Deutschlands schlechtere Überlebenschancen haben als in den anderen Regionen in Deutschland (<http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1002/ijc.28624/abstract;jsessionid=BA88AA10823B6887320CF263DB9145FB.f01t01>)?

69. Abgeordneter
**Harald
Weinberg**
(DIE LINKE.)
- Ist es richtig, dass der Anteil der Ausgaben für öffentlich finanzierte Leistungserbringung im griechischen Gesundheitssystem nach den Vereinbarungen der Troika mit der griechischen Regierung seit Jahren sinkt, und welche Zahlen liegen der Bundesregierung hierzu vor?*)
70. Abgeordneter
**Harald
Weinberg**
(DIE LINKE.)
- In welchem Maße hat die Bundesregierung angesichts dessen, dass das Bundesministerium für Gesundheit als „Domain Leader“ für Strukturreformen des griechischen Gesundheitssystems verantwortlich ist, ihre Ziele erreicht, die Qualität der Gesundheitsversorgung zu verbessern und Ungleichheiten in der Gesundheitsversorgung entgegenzuwirken, und wie hat sich beispielsweise die Zahl der Unversicherten in Griechenland seit Beginn der Aktivitäten der Bundesregierung entwickelt?

*) Siehe auch Fragen 36, 37.